

lung unserer Handelsbeziehungen auch eine, wenn vielleicht zunächst auch bescheidene, Einfuhr von Futtergetreide und anderen Futtermitteln möglich wird.

Bei dem von der Regierung gestellten großen Werk der Festigung und weiteren Entwicklung der demokratischen Ordnung in Deutschland kommt der vollen Verwirklichung der demokratischen Bodenreform besondere Bedeutung zu. Wir richten deshalb an die Regierung hiermit die Bitte, der weiteren Durchführung des Bauprogramms 209 ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen, damit jeder Neubauer auf seinem eigenen Hofe leben und wirtschaften kann. Wir wissen, daß die Erfüllung auch dieser Aufgaben nicht allein eine Arbeit der Regierung und der Verwaltung sein kann, sondern daß es hierzu der eigenen Initiative, Selbsthilfe und gegenseitigen Hilfe, vor allem der Bauern selbst, mit bedarf. Die Initiative und eigene Hilfe weiter zu wecken und zu fördern, wird für uns eine Ehrenpflicht sein, um die Arbeit der Regierung auch in dieser Hinsicht zu unterstützen.

Mit dem durch die Sowjetische Militärverwaltung vollzogenen großherzigen Akt der Übergabe der Verwaltungsfunktionen in deutsche Hände, für die ich mich auch im Namen der Arbeitsgemeinschaft meiner Partei dem vom Herrn Ministerpräsidenten ausgesprochenen tiefen Dank an die Sowjetregierung anschließe, hat unser Volk wieder eine deutsche und selbständige Regierung. Diese Regierung hat heute dem deutschen Volke ihr Programm vorgelegt. Es ist ein Programm des Kampfes, um die Wiedererringung unserer nationalen Einheit und Unabhängigkeit, um den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages für ganz Deutschland und um den Abzug aller Besatzungstruppen aus ganz Deutschland.

Es gibt keinen Deutschen, der diesem Programm nicht mit vollem Herzen zustimmen könnte. Zur Verwirklichung der gestellten Aufgaben und zur Lösung der großen nationalen Probleme aber bedarf die Regierung, die unser aller Regierung ist, des Vertrauens und der Mitarbeit aller gutgesinnten Kräfte unseres Volkes.

Im Namen der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands und im Namen großer Teile der werktätigen Bauern darf ich dieser unserer Regierung hiermit das Vertrauen aussprechen und zum Ausdruck bringen, daß wir mit besten Kräften an der Verwirklichung der heute hier vom Herrn Ministerpräsidenten gestellten Ziele und Aufgaben mitarbeiten werden.

(Lebhafter, langanhaltender Beifall)

Präsident Dieckmann:

Für die sozialdemokratischen Mitglieder des Hauses hat nun Herr Müller das Wort.

Abg. Hans Müller (Stmaldem. Frakt.):

Herr Ministerpräsident, meine Herren Minister, meine Damen und Herren! Für die Sozialdemokratische Fraktion Berlins darf ich folgendes erklären:

Wir erweisen der politisch klugen Entscheidung der Regierung der UdSSR, dem deutschen Volk seine Souveränität wiederzugeben, unsere Hochachtung und unseren Dank zugleich. Wir kämpfen als fortschrittliche Sozialdemokraten gegen die Politik der Diffamierung die seitens der SPD-Führung in Hannover gegen die Regierung der UdSSR geführt wird und finden in diesem Schritt der UdSSR, uns von der Bevormundung zu befreien, seine glanzvollste Krönung.

Wir begrüßen die in der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten dargelegten Regierungsgrundsätze. Vornehmlich unterstützen wir die Erklärungen, die das Gemeinsame für ganz Deutschland

betonen. Wir sehen als unsere vornehmste Aufgabe an, durch aktive und positive Mitarbeit und Kritik die verantwortungsvolle Tätigkeit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu unterstützen. Wir wollen nicht im Parlamentslatein, sondern in der klaren und unmißverständlichen Sprache des Volkes seine Nöte und Wünsche darlegen. Unser Volk braucht Frieden, soziale Freiheit, sozialen Fortschritt, gesicherte Arbeit und ausreichendes Brot. Das sind die wichtigsten Lebens Elemente unserer Werktätigen, und die glauben wir durch die Regierungserklärung gesichert und garantiert zu sehen. Doch fordern wir auch größte Wachsamkeit der Regierung gegenüber den negierenden, zersetzenden und schließlich zerstörenden Kräften der bewußten oder unbewußten Reaktion. Die Deutsche Demokratische Republik sei der Staat aller fortschrittlichen Deutschen. Reaktionäre erklären wir für staatenlos.

(Lebhafter Beifall)

Das deutsche Volk muß die Gewißheit haben, daß eine positive Kritik gewünscht, gefordert und beachtet wird. Sozialer Fortschritt und soziale Freiheit können nach unserer Meinung nur dann gefestigt werden, wenn im deutschen Volk das Bewußtsein gestärkt wird durch Fortführung von Maßnahmen, die ihm auch eigentümlich die Veränderung von gestern und heute aufzeigen.

Vor allem hoffen wir, daß die Staatskunst unserer Regierung sich darin erweisen möge, Mittel und Wege zu finden, die das Leben in der Hauptstadt der Republik baldmöglichst normalisieren. In der Fortführung der Politik der Nationalen Front durch die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik findet auch unsere betonte Friedenspolitik gegenüber allen Völkern ihren weithin sichtbaren Ausdruck.

Wir würden uns glücklich schätzen, wenn wir künftig nicht mehr platonisch, sondern auch durch praktische Teilnahme an der Regierung mitwirken könnten, um das Programm der Regierung zu erfüllen.

Gestatten Sie, daß ich zusammenfassend wiederhole: Die Regierungserklärung findet unsere Zustimmung, und wir sprechen der nun gebildeten Regierung das Vertrauen aus.

(Lebhafter, langanhaltender Beifall)

Präsident Dieckmann:

Für den FDGB hat nun Herr Bernhard Göring das Wort.

Abg. Göring (FDGB):

Meine Damen und Herren! Millionen Werktätige in Stadt und Land haben der Verkündung des Manifests des Deutschen Volksrates, der Konstituierung der Provisorischen Volkskammer und der Provisorischen Länderkammer, der Inkraftsetzung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik und der Beauftragung des Herrn Otto Grotewohl mit der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung begeistert zugestimmt. Nicht nur beim Präsidium der Provisorischen Volkskammer und bei den Parteien, auch beim Bundesvorstand des FDGB häufen sich Entschlüsse, Briefe und Telegramme, die zum Ausdruck bringen, daß die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik bei allen fortschrittlichen Kräften, bei allen fortschrittlichen Deutschen freudigsten Widerhall findet. In allen Betrieben nahmen die Werktätigen bereits Stellung und sagten der Regierung ihre volle Unterstützung im Kampf um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, um den Abschluß eines Friedensvertrages und um die Sicherung und Erhaltung des Friedens zu.

In den letzten 24 Stunden hat die Begeisterung, die die Berufstätigen aller Schichten erfaßt hat, einen